



**Sarah Ryglewski**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Stellvertretende Landesvorsitzende der SPD Bremen



**Uwe Schmidt**

Mitglied des Deutschen Bundestages

## Statement:

# Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen und Kohleausstiegsgesetz beschlossen

**Heute haben wir im Deutschen Bundestag das Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen und das Kohleausstiegsgesetz beschlossen. Mit den Gesetzen wird die Kohleverstromung schrittweise bis 2038 beendet und die hiervon betroffenen Regionen werden bei der Bewältigung der Strukturveränderung unterstützt. Dazu ein Statement der Bremer SPD-Bundestagsabgeordneten Sarah Ryglewski und Uwe Schmidt:**

„Deutschland bleibt Vorreiter beim Klimaschutz, denn mit dem Kohleausstieg wagen wir erneut etwas, was sich keine vergleichbare Industrienation dieser Welt traut. Wir sagen uns von einem zweiten zentralen Energielieferanten der Gegenwart los – dem Kohlestrom. Es gilt zu bedenken, wir wagen jetzt einen kombinierten Atom- und Kohleausstieg, etwas nie Dagewesenes. Das ist eine nationale Kraftanstrengung, die gelingen muss. Auch im Sinne internationaler Verantwortung für die Energiewende und den Klimaschutz. Deutschland trägt selber nur mit 2 Prozent zu den weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen bei. Wir haben aber eine Vorbildfunktion. Nur wenn es uns gelingt, den Ausstieg ohne größere wirtschaftliche Verwerfungen zu bewältigen, werden andere folgen. Hätten Union und FDP den von SPD und Grünen beschlossenen Ausstieg aus der Atomenergie nicht temporär rückgängig gemacht - wir könnten heute schon weiter sein. Mit der SPD an der Regierung steht vielmehr fest: Die Zeit der Atom- und Kohleverstromung ist vorbei.

Finanziell unterstützt der Bund die betroffenen Abbauregionen durch das Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen mit insgesamt 40 Milliarden Euro. Durch dieses Geld sollen die Regionen weiter gestärkt werden, um den Strukturwandel zu bewältigen. Vor allem die Infrastruktur, Forschung und Weiterbildungen für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen sollen gefördert werden.

Damit sorgen wir für Sicherheit, Perspektiven und Zukunft der Beschäftigten und ihrer Familien. Darauf können sich die Menschen in der Lausitz wie auch im mitteldeutschen und rheinischen Revier verlassen. Für die SPD-Bundestagsfraktion ging und geht es vordergründig um einen gesicherten Zukunftspfad für die Kumpel und deren Familien. Auf Basis der Beschlüsse der Kohlekommission haben wir einen gesamtgesellschaftlichen Kompromiss gesetzlich fixiert, der viele Interesse zusammenbindet: Der Ausstieg ist sozial, ökologisch und rechtssicher.

Bremen und Bremerhaven sind in einer ausgeprägten Sondersituation, weil der Standort den angelegten Wertschöpfungsanteil mit 0,18 Prozent sehr knapp verfehlt. Die Befürchtungen sind groß, dass Bremen und Bremerhaven abgehängt werden. Daher gilt es, andere Wege zu finden, um den Herausforderungen des Strukturwandels in unserer Region zu begegnen.



**Sarah Ryglewski**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Stellvertretende Landesvorsitzende der SPD Bremen



**Uwe Schmidt**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Der Ausstieg aus der Kohleverstromung ermöglicht dem sechstgrößten deutschen Industriestandort Bremen / Bremerhaven die Chance, mit neuen Technologien und der Nutzung vorhandener Strukturen eine Vorreiterrolle in Deutschland einzunehmen. Wir in Bremen können zeigen, wie ein umfassender klimafreundlicher Industrieumbau in allen Bereichen gelingt. Jetzt gilt es dafür zu werben, dass unser Zwei-Städte-Staat von den gerade beschlossenen Investitionen in Wasserstoff partizipiert.“

Berlin, 03. Juli 2020